

Herr Müller oder die Macht der moralischen Klasse

Veröffentlicht am 07.07.2022 | Lesedauer: 8 Minuten



Von **Frank Lübberding**
Autor



Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur (Grüne)

Quelle: REUTERS

Klaus Müller ist Chef der Bundesnetzagentur – und zuständig dafür, die Energieversorgung in der kommenden Krise zu gewährleisten. Doch der grüne Spitzenbeamte steht für ein neues Netzwerk, das eine wichtige Spielregel der Politik außer Kraft setzt – und damit unsere Gesellschaft gefährdet.

Am 30. Juni 2011 beschloss der Bundestag mit überwältigender Mehrheit den für 2022 geplanten Ausstieg aus der Atomenergie. Nach elf Jahren ist es nun so weit: Ende dieses Jahres sollen die drei letzten Reaktoren vom Netz genommen werden. Das ist Teil jener Energiewende, die zudem noch bis 2038 aus der Kohleverstromung aussteigen will. Dieses ambitionierte Programm hörte sich bei unseren energiepolitischen Dampfplaudermaschinen vor zwei Jahren noch so an (<https://www.bmu.de/themen/klimaschutz-anpassung/klimaschutz/nationale-klimapolitik/fragen-und-antworten-zum-kohleausstieg-in-deutschland>): Man werde „kontinuierlich sehr genau auf die Entwicklung der Versorgungssicherheit und Netzstabilität in Deutschland“ schauen und durch „ein Zusammenspiel von erneuerbaren Energien,

Reserve- und Gaskraftwerken, Kurz- und Langzeitspeichern, flexiblen Lasten und dem Austausch mit dem Ausland“ die „Herausforderungen der Energiewende“ meistern.

Dieses Zusammenspiel benötigte die Phrase als politischen Klebstoff, was sich aber mit der „Zeitenwende“ nach dem Kriegsausbruch in der Ukraine als ein wenig nachhaltiges Konzept entpuppt hat. Wir erleben das Scheitern einer Politik, der niemand ihren guten Willen absprechen wollte – trotz des Geburtsfehlers von 2011. Schließlich hatte eine christdemokratische Bundeskanzlerin die bis dahin hart kritisierte Energiepolitik der Grünen nur übernommen, um einen drohenden Machtverlust zu verhindern.

Dabei fehlte es in den vergangenen Jahren nicht an Engagement zugunsten dieser Energiewende: Heerscharen an Fachleuten aus Unternehmen und Verbänden bemühten sich um einen Erfolg, genauso wie Aktivisten aus Umweltverbänden und klassische Lobbyisten aus Branchen mit dem Monopol auf Nachhaltigkeit. In der Praxis scheiterten sie allerdings schon vor dem Krieg an Planungshindernissen, weil nicht jeder Bürger jeden Winkel dieses Landes in ein Industriegebiet zum Aufbau von Windrädern transformieren wollte. Wobei jeder Winkel vor allem die unmittelbare Nachbarschaft dieser Bürger war. Wer will in seinem Vorgarten auch schon ein Windrad stehen haben?

Solche profanen Konflikte konnten aber die energiepolitischen Wanderprediger nicht irritieren: Schließlich beanspruchten diese irdischen Heerscharen, die Menschheit vor der Klimakatastrophe zu retten. Die Energiewende ist mit einem Heiligenschein unterwegs, der in säkularen Gesellschaften die obligatorische Scheinheiligkeit einschließt.

Ein Bruch mit den Spielregeln der Politik

Tatsächlich geht es nicht mehr um die banale Sachfrage, wie Deutschland seinen Energiebedarf deckt. Es geht nicht um Windräder, Sonnenkollektoren, Atomreaktoren oder Kohlekraftwerke. Ansonsten hätte mit der vom Bundeskanzler am 28. Februar verkündeten „Zeitenwende“ (</debatte/kommentare/plus237289137/Zeitenwende-Die-seltsame-Radikalitaet-der-deutschen-Politik.html>) deren Inkompatibilität mit der Energiewende verkündet werden müssen. Deren Voraussetzungen waren entfallen, unabhängig davon, wie man deren Erfolgsaussichten vorher beurteilt hat. Für die Politik als Sachpolitik hätte das bei einer Verlängerung der Laufzeiten der letzten drei Atomkraftwerke entsprechende

Konsequenzen gehabt: Sie hätte der deutschen Energiewirtschaft das Vertrauen in die Rationalität politischen Handelns zurückgeben müssen.

Diese Verlängerung scheitert nicht an fehlenden technologischen Voraussetzungen, sondern am Vertrauensverlust gegenüber politischen Akteuren. Kein Energieversorger wird einen Cent in die deutsche Energieversorgung investieren, wenn er befürchten muss, anschließend politisch über den Tisch gezogen zu werden. Insofern war Angela Merkels radikaler Kurswechsel von der Laufzeitverlängerung zum beschleunigten Atomausstieg stilbildend für die deutsche Politik. Sie handelte weitgehend unabhängig von den klassischen Interessengruppen, orientierte sich stattdessen an den von Demoskopen ermittelten Meinungen in der Bevölkerung.

Das war ein Bruch mit den überlieferten Spielregeln der westdeutschen Politik. Deutschland wurde bis dahin als ein „Verbändestaat“ beschrieben, wo Politik die organisierten Interessen in Wirtschaft und Gesellschaft einbinden musste. Daraus resultierte der früher als „Sachzwang“ beschriebene beschränkte Handlungsspielraum der Politik. Sie war nur ein Akteur, häufig noch nicht einmal der entscheidende Faktor. In den Parteien fanden sich diese organisierten Interessen wieder. Politiker definierten sich als deren Funktionäre, ideologische Kontroversen gab es zwar weiterhin, bestimmten aber nicht das politische Handeln. Es bestimmte nicht die Politik die Gesellschaft, sondern die gesellschaftlichen Kräfte die politischen Entscheidungsprozesse. Das damalige Machtungleichgewicht zu Lasten der einst als „unterprivilegiert“ titulierten Gruppen ist bekannt. Dieses System ist zerbrochen: Politik hat einen dramatischen Formwandel vollzogen, dessen Folgen erst bei solchen Strukturbrüchen wie der so harmlos daherkommenden Energiewende deutlich wird.

Grüner neuer Konservatismus

Die Politik funktioniert heutzutage über informelle Netzwerke, die sich durch ein hohes Maß an ideologischer Homogenität auszeichnen. „Grün“ ist der neue Mainstream und dominiert die zentralen Sektoren unserer Gesellschaft: Das gilt für Unternehmen und staatliche Institutionen genauso wie für Verbände und Bildungseinrichtungen jeglicher Art. Nicht zuletzt dominiert dieses Milieu weite Teile der klassischen Medien.

„Grün“ ist dabei nicht parteipolitisch zu definieren, sondern repräsentiert den neuen Konservatismus, der seine „Werte“ der gesamten Gesellschaft aufzwingen will. So wie der

alte Konservatismus seine patriarchalen „Familienwerte“ mit der moralischen Verurteilung von Homosexualität schützen wollte, setzen etwa die neuen Konservativen ihre Werte mit der moralischen Verurteilung einer auf der Biologie beruhenden Geschlechterdefinition durch. Dieser ideologische Kitt definiert die Zugehörigkeit zum Netzwerk, das aber vor allem eine Funktion hat: Es sichert den persönlichen Erfolg und das eigene Einkommen.

Im Gegensatz zum alten Verbändestaat ist der Politiker kein Funktionär mehr, der eine Interessengruppe vertritt und ihr gegenüber verantwortlich ist. Heute sind Politiker politische Unternehmer, die Netzwerke für ihr Fort- und Einkommen benötigen. Sie bilden informelle Bündnisse mit anderen Gruppen, die aber der politischen Klasse zugerechnet werden müssen. Das betrifft etwa hauptamtliches Führungspersonal in den irreführend „Nichtregierungsorganisationen“ oder „neue soziale Bewegung“ genannten Energiewende-Lobbys. Oder den Wissenschaftsbetrieb, wo wichtige Führungspositionen in Forschungs- und Bildungseinrichtungen zu besetzen sind. Und nicht zuletzt eine Vielzahl von Unternehmen, wo der Staat immer öfter über wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg entscheiden kann.

Ob in der Energie- oder in der Verkehrspolitik: Der Staat ist zum wichtigsten Akteur geworden, der der Gesellschaft seine Vorstellungen über die richtige Art der Energiegewinnung oder der Mobilität aufzwingen will. Das firmiert zwar in der alten ordoliberalen Tradition als das „Setzen von Rahmenbedingungen“, hat aber mit dieser früheren Perspektive wenig zu tun. Dort dürfte der Staat zwar weiterhin die Straßenverkehrsordnung festlegen, aber sicherlich nicht die Antriebsart der Personenkraftwagen gesetzlich vorschreiben. Für einen klassischen Ordoliberalen wäre es ein schlechter Scherz, dem Staat so viel Macht einzuräumen, um den Interessengruppen die Einflussnahme zu erleichtern. Das sind heute die neuen Netzwerke aus NGOs, Wissenschaft, Bildungsinstitutionen und Medien, die politische Entscheidungsprozesse über die Parteien und die staatlichen Institutionen hinweg zu ihren Gunsten strukturieren.

Dafür benötigt man das entsprechende Personal, gut vernetzt und immer hilfsbereit. In der Energiepolitik gibt es dafür in der Personale von Klaus Müller ein anschauliches Beispiel. Müller ist seit dem 1. März 2022 Präsident der Bundesnetzagentur. Dabei handelt es sich um eine obere Bundesbehörde im Geschäftsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums. Müller hat sein Berufsleben in der Politik verbracht. Er zog 1998 mit 27 Jahren für die Grünen in den Bundestag ein, wurde wenige Jahre später Umwelt- und Landwirtschaftsminister in

Schleswig-Holstein. Anschließend wurde er Vorstand der Verbraucherzentrale in Nordrhein-Westfalen, später Präsident des Bundesverbandes.

Müller entspricht dem Idealtypus einer Karriere, die allein diesen Netzwerken zu verdanken ist. Der Höhepunkt ist zweifellos die Berufung auf eine Schlüsselposition der Energiewende, wo der vermeintlich unpolitische Beamte gerne politische Kommentare im Sinne seines Dienstherrn Robert Habeck abgibt. So kritisierte Müller (</politik/deutschland/plus239617359/Gas-Versorgung-In-drei-Monaten-werden-Menschen-ihre-Rechnung-nicht-mehr-zahlen-koennen.html>) auf einem ironischerweise „Wehrhafte Demokratie“ genannten Kongress die Energiepolitik früherer Jahre. Es sei „schwer nachvollziehbar“, so Müller, dass sich Deutschland in „keinster Art und Weise“ um seine Versorgungssicherheit Gedanken gemacht habe.

Tipps zum klimaneutralen Haarewaschen

Vielleicht hat Müller als früherer Verbraucherschützer für den verarmenden Konsumenten sogar Tipps zum staatlich verordneten, möglichst klimaneutralen Haarewaschen und Föhnen anzubieten. Das eigentliche Problem ist aber die Abhängigkeit des politischen Unternehmers Müller von der Politik. Er kann nur dort ein Einkommen erwirtschaften, das dem eines Präsidenten einer oberen Bundesbehörde entspricht. Müller ist dem Netzwerk verpflichtet, dem er seine Karriere zu verdanken hat.

Alles andere ist ideologische Zierde, die sich auch guten Gewissens austauschen lässt. Dabei ist Müller kein Problem einer Partei namens Die Grünen. Das wäre ein Irrtum, wie man an Müllers Behörde erkennen kann. Als Kompensation für den „grünen“ Müller wurde das FDP-Mitglied Barbie Haller zum 1. Juni zur Vizepräsidentin der Bundesnetzagentur ernannt. Die „liberale“ Haller ist mit dem FDP-Landesvorsitzenden in Nordrhein-Westfalen verheiratet, das aber nur als Hinweis.

Für die politische Klasse ist politische Macht die Existenzvoraussetzung. Dabei ist es gleichgültig, mit welchen politischen Etiketten sie sich schmückt. Macht ermöglicht es ihr auch, Zuwendungen wie fürstliche Gunstbeweise zu verteilen. Zwar ist die Politik immer noch durch Wahlen demokratisch legitimiert, aber nicht mehr an die Gesellschaft und ihre klassischen Interessengruppen angebunden.

Auf dem chinesischen Weg

Arbeitgeber oder Gewerkschaften haben als Fossile des untergegangenen Verbändestaates nicht mehr viel zu sagen. Sie müssen dem Takt folgen, der aus den Netzwerken der politischen Klasse zu hören ist. Diese fehlende gesellschaftliche Anbindung erhöht aber deren Legitimationsproblem. Ihnen fehlt der Transmissionsriemen solcher Verbände, die ihren Mitgliedern politische Kompromisse erläutern können. Stattdessen nutzen diese Netzwerke die Medien, um mit Propaganda ihren politischen Willen durchzusetzen.

Dazu gehört die Identifikation von Feinden, wie man es zuletzt in der Pandemie erleben durfte. Es ging nicht um den wissenschaftlich belegten Nutzen einzelner Maßnahmen, sondern Zustimmung oder Ablehnung wurden als Test für eine demokratische Gesinnung begriffen. Wobei unter „demokratisch“ die Zustimmung zu den Maßnahmen verstanden wurde, auf die sich die politische Klasse geeinigt hatte. So wird deren Selbstverständnis zunehmend autoritärer, es legt sich wie ein Netz über die Gesellschaft. Immer mehr Lebensbereiche der Bürger geraten ins Visier dieser Klasse, die richtiges Denken und Handeln im Namen ideologischer Weltbeglückung definieren wollen. Nur geht es in der Realität nicht um die Rettung der Welt, sondern um die Durchsetzung von Macht.

Insofern sind wir längst auf dem chinesischen Weg in einen neuen Autoritarismus unterwegs. Oder ist es doch der autoritäre Ungeist, wie es ihn im alten Europa schon immer gab? Die einzige Chance eines selbstbewussten Bürgertums besteht darin, den staatlichen Einfluss auf das gesellschaftliche Leben zurückzuschrauben: Es braucht keine Gouvernanten, die uns sagen, wie wir die Welt zu retten haben. Weniger Staat – dieses liberale Rezept ist das einzige Mittel, um dem Machtanspruch dieser politischen Klasse, die als moralische Klasse auftritt, effektiv Grenzen zu setzen.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  4052

NEIN  135

MUSIC STORE pro

Music Store Professional

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/239733127>